

afrika zu bringen. Außerdem wird in Montona eine größere Station für drahtlose Telephonie errichtet, die mit den Funkstationen in Kamerun, Ostafrika usw. in Spruchverkehr treten kann, so daß dadurch eine nahezu sichere, unabhängige Verbindung mit unseren afrikanischen Schutzgebieten schon jetzt erreicht worden ist. Da auch auf eine Verbindung durch Portugal und den Kongogebiet zu rechnen ist, wird der Ausbau des afrikanischen Kabelnetzes nach den deutschen Kolonien das bei der nächsten Gelegenheit ins Auge gefaßt werden.

Jedenfalls können wir uns freuen, daß deutscher Reich und deutsche Schiffsahrt ein neues Band zwischen zwei Weltteilen geknüpft hat, und dürfen hoffen, daß das neue Kabel die angeknüpften überseeischen Beziehungen festigen hilft.

Deutsches Reich.

Leipzig, 12. April.

• Eine Liste der Reichstagskandidaturen im Römisch-Sächsischen Wahlkreis. Nach von sozialdemokratischen Wählern verbreitet. Danach sollen 10 Konservativen, 4 Antisemiten, 17 Nationalliberalen, 9 Fortschrittler und 23 Sozialdemokraten aufgestellt sein. Da diese Zahlen auch in bürgerliche Blätter übergegangen sind, möchten wir daran erinnern, daß zurzeit die Einigungsverhandlungen zwischen den beiden liberalen Parteien noch nicht abgeschlossen sind, daß also diese Liste, soweit sie nationalliberale und fortschrittliche Kandidaturen betrifft, keineswegs als authentisch und endgültig angesehen werden kann.

• Aus dem 5. sächsischen Reichstagswahlkreis. Die antisemitische „Sächsl. Landesztg.“ meldet aus dem Wahlkreis Dresden-Altkönig: Der Landesvorsitz der Deutschen Reformpartei hatte die Absicht, einen eigenen Kandidaten für die kommenden Reichstagswahlen in Dresden-Altkönig aufzustellen, um im ersten Wahlgang auch seine Parteifreunde an die Urne zu bringen und sie dann in der vorausgesetzlichen Stichwahl zum Eintreten für den nationalliberalen Kandidaten Dr. Heine zu unterstützen. Die Meinung des Abg. Dr. Weber auf dem jüngsten nationalliberalen Parteitag in Leipzig, daß ihm „die reformerische Parteioptionen die übermächtigste im ganzen Reich“ wäre, hat in den Kreisen der Reformler aber dermaßen verschlagen, daß man daran denkt, von der Aufstellung der eigenen Kandidatur abzusehen und den reformerischen Wählern Wahlenthaltung zu empfehlen. Der Vorstand der Gesamtpartei wird sich nochmals noch darüber schlüssig machen. — Dieser Bericht auf eine eigene antisemitische Kandidatur ist recht schade. Denn damit geht ja auch die Möglichkeit verloren, die „Zugkraft“ des antisemitischen Programms zu prüfen.

• Aus dem 16. sächsischen Reichstagswahlkreis. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung nahm der fortschrittliche Volksverein für Chemnitz und Umgeb. Stellung zu der vom dortigen nationalliberalen Verein vorgeschlagenen Reichstagskandidatur Riedelhagen. In der vorausgesetzlichen Debatte kam einmütig zum Ausdruck, daß die beiden liberalen Parteien, Fortschrittler und Nationalliberale, zusammengehen müssen. Es wurde mit allen gegen zwei Stimmen folgender Beschluß gefaßt:

In der Überzeugung, daß die gegenwärtigen Zeitumstände ein geeignetes Vergehen der Liberalen aller Schattierungen bei den nächsten Reichstagswahlen dringend erfordern, beschließt der fortschrittliche Volksverein für Chemnitz und Umgeb. die vom Nationalliberalen Verein aufgestellte Kandidatur Riedelhagen tatkräftig zu unterstützen. Er spricht dabei die Erwartung aus, daß es den Bemühungen der fortschrittlichen und nationalliberalen Parteileitungen gelingen werde, auch im Römisch-Sächsischen Wahlkreis, ein einträgliches Einvernehmen beider Parteien bezüglich des Vorgehens bei den Reichstagswahlen herbeizuführen.

• Der Papst und Prinz Max von Sachsen. Das vom 28. Dezember v. J. datierte und an sämtliche apostolischen Delegaten der orientalischen Kirchenprovinzen gerichtete Rundschreiben des Papstes

gegen den Artikel des Prinzen Max von Sachsen über die Wiedervereinigung der orientalischen und der römischen Kirche, in dem dem Prinzen „verwegenen Entstellung der katholischen Lehren“ und „allsu lächerliche wahrheitswidrige Verdrehung der weitläufigen geschichtlichen Tatsachen hinsichtlich der orientalischen Kirchenpolitik“ vorgeworfen wurde, wird jetzt im neuesten Heft der „Acta sede apostolica“ amtlich veröffentlicht.

• Abschiedsreise Stenrichs. Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Wstl. Geh. Legationsrat Stenrich, der sich bereits seit einiger Zeit auf Urlaub befindet, hat, wie die „Verh. Zentrale“ erzählt, sein Abschiedsgesuch eingereicht. Es heißt neuerdings, daß zu seinem Nachfolger der Wstl. Geh. Legationsrat Zimmermann ernannt werde. Stenrich ist aus dem Juliabien in den diplomatischen Dienst im Jahre 1888 übernommen worden. Nachdem er mehrere Jahre als Generalkonsul in Konstantinopel gelebt hatte, wurde er im Jahre 1900 zum Gesandten in Teheran ernannt. Seit 1907 hat er das Unterstaatssekretariat des Auswärtigen Amtes verwaltet. Zimmermann ist seit Jahren bereits im Auswärtigen Amte beschäftigt und ist zurzeit mit der Wahrnehmung der Direktorialgeschäfte der politischen Abteilung beauftragt.

• Fürst Bülows und die Reichstagsreform. Der „Tägl. Rundsch.“ war die Mitteilung zugegangen, daß Fürst Bülow anfänglich die Absicht hatte, gleich nach den Wahlen den Reichstag als erste Aufgabe die bereits ausgearbeitete Reichstagsreform zu übergeben; er habe sich jedoch überreden lassen, die Finanzreform zu verschieben, um den neuen Hof seiner allzu großen Belastungsprobe auszuweichen. Die „Köln. Volksztg.“ hat sich in ihrem Berichtsbezugnis, dem Fürsten Bülow ein am 18. April zu stiften, beiliegende Briefe so verständlich über aufsuchende Mitteilung zu beistellen. Nun hat sich die „Tägl. Rundsch.“ ebenfalls etwas spät, direkt an den Fürsten Bülow gemeldet, und dieser hat ihr folgendes geantwortet:

Rom, 9. April 1911. Verhüllter Name. Ich möchte auch jetzt nicht aus der Zurückhaltung herausstreten, die ich mir seit meinem Austritt auferlegt habe. Fürst Bülow.

Nachdem Fürst Bülow abgelehnt hat, sich zu der hiesigen Frage zu äußern, wird auf Grund einer Autorisierung von „majestätischer Seite“ berichtet, daß die Mitteilung den Tatsachen nicht entspricht. Es sei durchaus unrichtig, daß die Reichstagsreform vorliegende ausgearbeitet gewesen sei, als der Reichstag sich zum nächsten Tag versammelt. Die in diesen Dingen gut unterrichtete „Deutsche Tagesztg.“ hält jedoch daran fest, daß Fürst Bülow seinerzeit daran gedacht habe, schon im Herbst 1907 die Reichstagsreform einzubringen.

• Der Bericht der Reichstagskommission über die Tätigkeit im Rechnungsjahre 1910. Im dem Reichstag zugegangen. Nach diesem Bericht hat die Reichstagsverwaltung im Rechnungsjahre 1910 20 Millionen Mark Schulverbindungen der repräsentativen Reichsanleihe von 1910 und 5 Millionen Mark Schulverbindungen der repräsentativen Reichsanleihe von 1911 ausgestellt. An Zinsen hat für die Reichsanleihe im Rechnungsjahre 1910 137 658 415 Mark gezahlt worden. An Reichstagszinsen hat die Reichsanleihe von 1910 129 Millionen Mark im Umlauf, und zwar für 88 097 980 Mark Zinsmarken und 6 Millionen Stück Zinsmarken. Die älteren von 1874 und 1882 sind eingezogen worden. Bis zum Schluß des Monats Januar 1911 bestanden die in den Reichsschulbuch eingetragenen Verbindungen auf 1 635 681 900 Mark in 16 538 Konten, das sind mehr als 470 700 A. und 2694 Konten gegen 1910. Im Rechnungsjahre 1910 hat die Reichstagsverwaltung 33 300 000 A. Schulverbindungen der vierprozentigen deutschen Staatsanleihe von 1910 ausgeliefert. Der Bestand des Reichsanleihenbestandes betrug Ende Januar 1911 35 478 400 A. gegen 91 040 119 im Jahre 1910, ist also um mehr als 55 Millionen verringert worden. Die Verbindlichkeiten des Reichsanleihenbestandes beliefen sich am gleichen Zeitpunkt auf über 23 Millionen Mark, so daß am Schluß des Rechnungsjahres 1910 ein Bestand von rund 7½ Millionen Mark verbleibt, weil der Kuponwert der Wertpapiere des Reichsanleihenbestandes nur etwas mehr als 30 Millionen Mark beträgt. Der Bestand des Hinterbliebenenversicherungsbestandes betrug Ende Januar 1911 51 486 575 A. Im Rechnungsjahre

1910 hat die Reichsbanknote an Banknoten im ganzen 1 635 650 000 A. hergestellt.

• Reichstagskandidaturen. In Kreis Laßlau-Wehlau ist von der fortschrittlichen Volkspartei für die allgemeinen Reichstagswahlen der jetzige Abgeordnete Bürgermeister Wagner (Lapiau) wieder als Kandidat aufgestellt worden. — In Danzig haben die Nationalliberalen beschlossen, bei den nächsten Wahlen die Aufstellung des Reichstagskandidaten der fortschrittlichen Volkspartei zu überlassen und diese Kandidatur zu unterstützen.

• Demcati. Der Gouverneur von Samoa Dr. Soli löste nach der Wählung einer Berliner Zeitung korrespondenz seinen Abschied eingereicht und sich entschlossen, ins parlamentarische Leben einzutreten. Wie dem „Baltischen Bureau“ demgegenüber der Gouverneur auf Anfrage mitteilt, ist es durchaus unzutreffend, daß Dr. Soli sein Abschiedsgesuch eingereicht oder überhaupt die Absicht hat, den Nationalisten zu wechseln. Damit erwidert sich auch die Kombination, wonach Dr. Soli ein Kandidat für die nächsten Reichstagswahlen angenommen hat. Der Gouverneur, der seit seinem Austritt in Deutschland im Reichskolonialamt gearbeitet hat, tritt morgen einen längeren Erholungsurlaub an. Das Datum der Wiedererstattung in das Schutzgebiet ist jetzt noch nicht fest.

• Die Gewerbesteuerreform als Leuzingerbarometer. Eine amtliche Zusammenstellung des Amte-Berwaltungs-Departements des Preussischen Kriegsministeriums über das während des nächsten Jahres gäufige „niedere Wohlstandsgeld“ von im ganzen 55 Garnitionen gibt sehr interessante Aufschlüsse über die Lebensmittel- und Fleischpreise in den verschiedenen Gegenden Deutschlands. Am teuersten ist danach der Lebensunterhalt in Freiburg i. Baden, wo das Wohlstandsgeld für den Gemeinen 14 Pfennige, der daran enthaltene Betrag für eine Reichsportion 27,76 Pfennige beträgt. Mit einem Durchschnitt von etwa 13 Pfennige, wovon rund 2½ Pfennige für Fleisch entfallen, folgen einzelne reichslandliche Orte, wie St. Anns und Diebenthalen. In Bernburg, Bremen, Wismar, Hagenau, Neßlitz, Glatz, Braunschweig, Frankfurt a. M., Gießen, Leipzig, Paderborn, Passau, Wismar, Wilmshausen, Okerode und Soltau, wo mit nur 10 Pfennigen (wovon etwa 2¼ Pfennige auf das Fleisch entfallen) hausgehalten wird. In zwei Orten, in Soltau und in Wandsbeck, liegt die tägliche Reichsportion des isolierten Mannes sogar unter 10 Pfennigen ein.

• Das Ergebnis der Handwerkerkonferenz. Die fällig im Reichstagsgebäude stattgefunden hat, ist fast folgendes: Hinsichtlich der Frage Abgrenzung von „Fabrik- und Handwerk“ wurde die Schaffung einer einheitlichen Art und Weise von Vertretern des Handwerks als auch von denen der Industrie und des Handels angeregt. Besonders wurde hierbei, so hält die „Tägl. Ztg.“, nach die Frage erörtert, ob im Handwerk Großbetriebe möglich seien, und ob das Handwerk berechtigt sei, zu verlangen, daß solche Großbetriebe während der Handwerkerorganisationen weiterhin in der Hand der Handwerkerorganisationen verbleiben sollen. Bei der Frage „Heranziehung der Industrie zu den Kosten der Betriebsausbildung für das Handwerk“ wurden zwei Vorschläge aus der Konferenz laut. Der eine ging dahin, daß man eine kleinere Kommission im Reichstag des Jahres einleiten möge, die unter Hinzuziehung von Vertretern der beiden Interessentenverbände Vorschläge zur endgültigen Regelung dieser Streitfrage machen sollte. Von anderer Seite wurde empfohlen, der Reichsanleihe möge sich mit den veränderten Regelungen ins Einkommen setzen, damit diese verfahren sollten, eine fremdbankliche Veränderung der Handels- und der Handwerkerorganisation auf dem Wege der freien Vereinbarung herbeizuführen. Hinsichtlich der Frage der Aufhebung des § 100b der Gewerbeordnung waren die Auffassungen geteilt.

• Die Opfer des Modernisteneides. hat der westpreussische Kammerherr Hr. v. Gemmingen-Horberg 509 A. spenden. Die Gesamtsumme der Spenden belief sich bis jetzt auf über 16 000 A.

• Zum Fall Jatho. Die Bestretung der evangelischen Gemeinde in Köln hat als Vertreter bei den Verhandlungen des Spruchkollegiums in Sachen Jatho die Pater Radeke und v. Kellinghausen jr. gewählt. Die Hauptverhandlung wird Ende Mai in Berlin stattfinden.

• Veteranenfürsorge. Dem Vernehmen nach ist den Landesregierungen von der Reichsregierung empfohlen worden, die vom Bundesrat erlassenen Ausführungsbestimmungen über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer in wohnwollender und wärmergezügelter Weise anzupassen. Man erwartet, daß an 50 000 bis 60 000 Veteranen mehr als bisher Beihilfen gewährt werden können.

Ausland.

Frankreich.

• Das Konjunktionsgesetz für Mexiko. In einem vom Präsidenten Fallieres abgehaltenen Ministerrat erklärte Kolonialminister Bismont im Parlament an dem für Äquatorialafrika geltenden Konjunktionsgesetz geübte Kritik als berechtigt an, und sprach sich über die Möglichkeit aus, wie man das System ohne Härte ändern könne.

• Nachlässe zum Eisenbahnerstreik. Ministerpräsident Koni empfing am Nachmittage eine zahlreiche Abordnung der Eisenbahnangehörigen, namentlich der von der Südbahn, die gekommen waren, um die Intervention der Regierung von neuem zu ihren Gunsten anzuführen. Koni teilte den Delegierten mit, daß er sich, leider aber notwendig, bei den Bahngesellschaften für die im vorigen Spätherbst wegen des damaligen Ausstandes entlassenen Angestellten verhalten habe; er werde indes diese Schritte bei nächster Gelegenheit wiederholen und hoffe, daß die Bahngesellschaften schließlich dem Begehren der Regierung folgen und alle Entlassenen wieder einstellen werden.

• Die Waimon-Angelegenheit. Die letzte Benennung von Bernhard Waimon durch den Untersuchungsrichter hat nichts Neues zutage gefördert. Der Vermutung, daß außer Rouet noch mindestens ein anderer Beamter des Ministeriums des Meublen beschuldigt sei, gibt der bisherige Gang der Untersuchung keine Bestätigung. Waimon vertritt die Unterfuchungsrichter hat keinen Grund, ihm nicht zu glauben, daß er nur mit Rouet in Verbindung gestanden und von ihm allein alle Schriftstücke erhalten hat. Den Entwurf des deutsch-russischen Vertrages, der das Ergebnis der Pariser Konferenz ist, will er nicht in einer mündlichen Erklärung, sondern nur in einer mündlichen Inhaltsangabe von Rouet erzählen und in eigener Person veröffentlicht haben. Er behauptet, Rouet habe ihm, als er ihm den Inhalt des Vertrages mitteilte, versichert, im Auswärtigen Amte wüchsten einige vorliegende Akte, daß dieser Vertragsentwurf an die Öffentlichkeit gelangen würde.

Spanien.

• Die Maroffrage. Aus einem Gespräch mit Canalejas über die Forderung gegogen werden, daß Frankreich geblieben hatte, Spanien würde, eingeengt der Vorgänge des Jahres 1908, diesmal nicht mehr in Maroff mitmachen, sondern Frankreich allein dort erhalten und wahren lassen, und daß man in Frankreich sehr wenig von Spaniens jenseitiger Schlagfertigkeit erlautet ist. Mit einem gewissen Nachdruck wird in politischen Kreisen und auch in der Zeitung „Ranama“, dem Volksblatt des Ministerpräsidenten Canalejas, darauf hingewiesen, daß Deutschlands Haltung den spanischen Interessen förderlich ist gegenüber den französischen Interventionen.

Dänemark.

• Die Massenunpöperung. Am Dienstag begannen die Verhandlungen zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern. Inzwischen sind etwa 15 000 Mann ausgeparkt. Die Arbeitgeber wollen aber weitere 25 000 Arbeiter unpöpern. Die Entlohnung soll bald nach Oftern fallen.

Türkei.

Der Zustand in Albanien. Die Nachrichten der letzten Tage haben die Zuerst die Türken auf rühmliche Unterstützung des Aufstandes in Albanien erwidert. Man fürchtet sehr, daß sich die Albaner sowie die mosammedanischen Albanerbänne nach Genua und Triana den Aufständischen anschließen. Besonders ergriffen sind die Türken auf die Montenegriner, deren Verhöhnung der Kontrollität sie als unmöglich ansehen.

Aus der bösen alten Zeit.

Von Julius Bergmann

In liebenswerter Unkenntnis der Wirklichkeit schauen die alten Tanten beiderlei Geschlechts, und wer sonst etwas noch keine kulturgeschichtlichen Kenntnisse aus unfern harmlosten Wohlgeboten schöpft, auf jene „gute alte Zeit“ zurück, die — niemals existiert hat. Leider niemals existiert hat! Wenn man genauer hinsieht, so findet man einen Zeitabschnitt voll bestartig böser Zustände, daß selbst der verblühende Verfall sich seinen mak, daß wir es seit hundert und einigen Jahren herfür ist der Kaiser Karl Heinerich von Lang, dessen interessante Memoiren unter dem Titel „Aus der bösen alten Zeit“ in der bekannten Memoirenbibliothek des Verlags Robert Zuk in Stuttgart neu erschienen sind. Das Buch bildet in seiner unerschöpflichen kulturhistorischen Bedeutung ein wertvolles Gegenstück, eine Art Fortsetzung zu der berühmten Selbstbiographie des Wagners Zaughard, der gleichfalls ein Gemälde seiner Zeit entwirft, das die „gute alte Zeit“ als eine häßliche Frage erdienen läßt.

Nur daß der geniale Vorgänger Zaughard die zweiten Schichten des Volkes schilbert, denen er angehört, während sich Langs Leben in einer Umgebung von Fürsten, Diplomaten und hohen Regierungsbefehlshältern abspielt, bei denen wir freilich so ziemlich dieselbe moralische Fäulnis erblicken, wie bei den Menschen der Zaughardischen Niederung.

Langs Memoiren sind ausgezeichnet durch keinen echten goldenen Humour, durch keine sonnenreuebe Lebenslust, und kein Leben wird das Buch aus der Hand legen, ohne ein paar mal laut aufzulachen zu haben, wenn er zum Beispiel die lustige Schilderung liest, wie der junge Lang ob des Annehmens, Billingers „Logica“ zu studieren, einen derartigen Schreck bekommt, daß er den nächsten Heilen Gai nimmt und schleunigst entweicht auf Zimmerbebede.

Aber auch das keine, stille Rädeln wird auf des Leiers Lippen treten, so wenn er liest, wie Lang seine Zukunft ganz dem Pöblikon anheimstellt: „Ich habe keinen bequemeren Raum, als die Entschädigung meiner Reife dem Pöblikon zu überlassen, dem ich zum Feind hin aussehe.“ — „Schwager, ich weiß eigentlich nicht, wo ich hin will, es ist mir nicht ein, ob du mich willst nach Dintelbühl fahren oder nach Donaunarth. Was ist die lieber?“ — „Sagst du nun nach Donaunarth, denn ich habe, so geht ich nach Donaunarth an, und nach Dintelbühl, so ist es denn wehler nach Göttingen.“ Der Kaiser hat sich nicht verunsichert an, und nach laudend zur Antwort: „Wohndenn nun auf mich ankommen soll, so fahr ich freilich lieber nach Dintelbühl.“ „Also recht so, umgedreht, nach Dintelbühl!“ — „Ich hatte heimlich gedacht, er sollte Donaunarth sagen, weil die Dintel schon da im Band. Aber nun möchte ich mich nicht anders fügen.“

Mit den reifen Mannesjahren freilich bekommt sein fröhlicher Humor die grimme Schärfe der Satire, mit der er die bodenlos korumpierten Zustände geißelt, deren Junge er sein mußte. Als oberer Regierungsbefehlshälter grüßter und allerfeinster deutscher Staaten hatte Lang reichlich Gelegenheit, das Treiben an deutschen Hofhöfen, bei der Regierung und Diplomatie Preußens und Bayerns usw. zu beobachten. Und hier wird er zum Kobbe Kobbe der Göttheit, nur mit dem Unterschied, daß seine pikant und wisp vorgetragene Anecdotes die bittere Wahrheit sind. Eine traugig-komische Sinnstimmigkeit, die im verpackten Anleihenbetrieb bis zur Karikatur verpackter Regierungsmenschen und die größte Unfähigkeit und Verkommenheit der Beamtenhaft sich in buntem Wechsel der Einzelbilder an uns vorüber. Man wird überzeugt, daß wir in deutschen Ländern eine Kamarilla hatten, die nachträglich noch laudender macht und uns heute noch ebenso tief empört, wie den aufstrebenden, christlichen Lang, diesen wackeren Grundbesitzer, der schließlich aus dem bayerischen Dienst scheiden mußte, weil er die amtliche Zustimmung einer schweren Urkundenfälschung entrückt von sich wies. Aber so traugig ernt das alles ist, so tut doch auch die komische Seite der Dinge

ihre volle Wirkung, für die Lang einen besonders lächerlichen Bild hat. Man wird an die Grötosten des Simplicissimus erinnert, wenn man s. B. liest, wie der Bischof von Bamberg seine Wahl lediglich seiner exorbitanten Beihälfterschaft verdankt. „Er merkte auch gar nicht, als in der Folge Bamberg darüber geworden war, daß er wieder aufsteht, hatte, zu regieren, weil man fortwäh, ihn täglich ein Bündel angehängter Detrete unterbreiten zu lassen. Nur wünder er sich, wenn er von seinem Feind aus immer so viele bärntige Uniformen sah; doch auch hierüber herabgabte ihn der Kammerdiener mit der Belehrung, die Herzen hätten an der schönen Bamberger Segend den Karten getrieben.“ König Max I. jagte einst zu Lang: „Aber hören Sie, Sie haben einen Hund wie ein Schwert!“ — „Und eine solche Feder“ dürfen wir hinzufügen. Die obige kleine Probe mag es näher darun, was es bejagen will, wenn man Lang den wichtigsten und zugleich höchstgen Schilberer deutscher Kleinraateri und eines unsozialen Abolitionismus bezeichnet, der mit unwillkürlichen Clampusstränge dem Ende seiner Jop- und Vaperrichterlichkeit entgegenkamme.

Ein Meisterstück seiner Feder ist die Schilderung des Koketter Kongresses. Hier überdietet Lang sich selbst an seiner und treffender Charakteristik der großen und kleinen Akteure, an Wig und Satire. Ein bunter Jahresmarkt der Eitelkeit spielt sich vor uns ab, mit einem grotesk-komischen Unten-Druckswesen, die alten Veriden wackelt, es kockeln die Schimmerbüchse der hochgehenden Herren des deutschen aneien römische, wenn sie sich über ihren Trüffelsoffen und garnierten Schweinsköpfe die Standauben ins Ohr rufeln, die der Graf Sombro über die Erzherzogin Sombro von denen Kammerdiener vernommen. Nebenher Klaff und fleischliche Intrige, eine Unfähigkeit, sublimierte Submission mit ließen Keuerenzen, Haarbeutel, Japs, Puder und vor allem Linte, Linte, Linte. Im Hintergrund lauchst drohend ein Grocher auf, der die ganze Komödie von Ferne besieht. Napoleon. Wer Langs Buch gelesen, der wird es heute handbar anerkennen, was der Korie uns doch auch Gutes angeht.

Gegen den Schluß hin häuft Lang Anklage auf Anklage gegen die bairischen Regierungsoberanen zur Zeit des Königs Max. Was er vorbringt, ist nichts Beringeres als die Behauptung einer langen Reihe schwerer Verbrechen, vom Nord angefangen. Und er ist niemals widerlegt worden, obwohl das wahrlich der Mühe wäre wert gewesen — wenn es eben möglich gewesen wäre. Denn Lang war doch nicht der erste Delle, sondern ein hoher Regierungsbeamter selber, der sich in einem Patriotismus keine geringen Verdienste erworben hatte. Hier verkommen Humor und Satire vor dem Abgrund moralischer Verkommenheit, der sich auftut. Wir leben in das innere Gerichte einer rühmlen Kamorra, und in der Ferne hören wir bereits die Fimenzschiffe von 1848.

So verflattert der Nimbus der „guten alten Zeit“, was uns von weitem gesehen als Gemütskräftigkeit erscheint, wird in der Nähe Schanden, Unfähigkeit, Bosheit, Verbrechen. Die Zahl der Schemata ist fast noch größer als die der Kerker, Wärdern und Titulaturen. Alles in allem ein Langs Memoiren ein höchst lehrreiches und ebenso amüsantes Buch, ein köhlich wertvolles und ebenso amüsantes Buch, ein köhlich wertvolles und ebenso amüsantes Buch, ein köhlich wertvolles und ebenso amüsantes Buch, ein köhlich wertvolles und ebenso amüsantes Buch, ein köhlich wertvolles und ebenso amüsantes Buch.

Die bairische Memoirenbibliothek, der wir schon so manche wertvolle Veröffentlichung verdanken, ist mit Langs Erinnerungen um eine Perle der Memoirenliteratur bereichert worden, speziell eine Perle der deutschen Memoirenliteratur, die mit ihren beiden Werken vom geistigen Welt aller gebildeten Deutschen gehören sollte.

Praktische Reiseartikel MORITZ MADLER Lederwaren Feine

MORITZ MADLER Lederwaren Feine